

## Fadegrad

## Stadtrat als Handlanger von Illegalen



VON  
ROLAND SCHECK

In der Schweiz leben je nach Schätzung zwischen 90 000 und 180 000 Sans-Papiers. Sans-Papiers sind Ausländer ohne Pass und Aufenthaltsbewilligung, welche sich somit illegal in der Schweiz aufhalten. Werden sie aufgegriffen, müssen sie die Schweiz verlassen. Nebst einer Einreiseperrre von zwei bis drei Jahren kann auch eine Busse oder Gefängnisstrafe ausgesprochen werden.

Zu Sanktionen kann es jedoch nur kommen, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Und der fehlt leider weitestgehend.

In der Schweiz werden illegale Migranten von zahlreichen Anlaufstellen beraten. Auf [www.sans-papiers.ch](http://www.sans-papiers.ch) wird ihnen detailliert erläutert, welche Rechte sie haben. Demnach besteht ein Recht auf Gesundheitsversorgung mit dem Hinweis, dass das Spitalpersonal nicht befragt sei, Daten der Polizei oder dem Migrationsamt zu melden. Die Kinder der illegalen Migranten haben das Recht, Kindergarten und Schule zu besuchen, wobei auch hier versichert wird, dass die Schulen niemanden den Behörden melden dürften. Weiter erhalten die illegalen Migranten Informationen über die Härtefallbewilligung, wie eine Heirat möglich ist und was sie bei Polizeikontrollen und in Ausschaffungshaft einfordern können. Am Rande sei bemerkt, dass Sans-Papiers diese Rechte und Leistungen erhalten, ohne Steuern zu bezahlen.

Illegale Migranten werden aber nicht nur virtuell im Internet beraten, sondern auch physisch. Die Sozialindustrie betreibt auch für diesen Geschäftszweig Anlaufstellen. Diejenige der Stadt Zürich befindet sich an der Birmsdorfstrasse 200 im 1. Stock. Die Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich (SPA2) hat Sprechstunden, betreibt einen Shop und veröffentlicht regelmässige Bulletins.

Naive Frage eines redlichen Bürgers, der sich an die Gesetze hält und Steuern bezahlt: Weshalb um Himmels Willen steht die Polizei denn nicht vor der Birmsdorfstrasse 200 und nimmt die illegalen Migranten, die dort ein- und ausgehen, fest?

Womit wir halt wieder beim fehlenden Willen wären. Als im Gemeinderat ein Vorstoss behandelt wurde, welcher die Tätigkeit von Einrichtungen, die dazu dienen, illegal im Lande verweilenden Ausländern den weiteren Aufenthalt hierzulande zu ermöglichen und zu erleichtern, unterbinden sollte, lehnte die SP-Stadtratspräsidentin Corinne Mauch den Vorstoss unter anderem mit folgender Begründung ab: Falls es diese Beratungsstellen nicht mehr geben würde, müssten die illegal im Lande verweilenden Ausländer Angst haben, entdeckt zu werden. Der rot-grüne Stadtrat denkt also gar nicht daran, gegen illegale Migration vorzugehen. Im Gegenteil, er protegirt sie. Damit macht sich der Stadtrat zum Handlanger von Illegalen.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Trimesterbericht missbraucht für Zusatzkredite

Im Bericht zum ersten Trimester 2013 beantragt der Stadtrat Globalbudget-Ergänzungen im Umfang von knapp 13 Mio. Franken. Dieser Mehraufwand wurde von der SVP und den bürgerlichen Partnern stark kritisiert.



MARGRIT HALLER  
GEMEINDERÄTIN SVP  
ZÜRICH 9

Gemäss Art. 6 der Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudgets vom 24. März 2010 hat jeder Verwaltungszweig mit Globalbudgets für seine Produktgruppen pro Jahr drei Trimesterberichte zu erstellen. Die Berichte für das erste Trimester 2013 liegen nun vor.

Folgende Verwaltungszweige führen ein Globalbudget: Museum Rietberg, Steueramt, Stadtspital Waid, Stadtspital Triemli, Geomatik und Vermessung, Grün Stadt Zürich, Elektrizitätswerk und Sportamt.

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK), Roger Liebi, stellt die Weisung vor: Der Stadtrat beantragt dringliche und ordentliche Globalbudget-Ergänzungen von 420 000 Franken beziehungsweise von 12 520 000 Franken (vier Anträge).

Roger Liebi war immer der Meinung, dass Globalbudgets eine gute Sache seien. Sie geben der Verwaltung mehr Management-Freiheit. Nach diesem Trimesterbericht mit diesen «Zusatzkrediten», ist er nicht mehr dafür. Wenn sich das über andere Globalbudgets weiter ausweiten wird, dann werde ihm angst und bange.

Die RPK erachtet es auch schwierig, dass nicht nur Zahlen, sondern auch politische und strategische Sachen zuhanden der RPK geheim bleiben müssen. Diese werden einer Diskussion entzogen, eine Debatte dazu würde entfallen.

RPK-Mitglied Daniel Regli nimmt Stellung zum ersten Antrag. Es geht um die Räumung der Gärten des Pfingstweidareals. Die Vermieterin ist Grün Stadt Zürich. Um Geld zu sparen, liess der Ortsverein Juchhof die Gärten durch den Zivilschutz räumen. Dieser versprach, das im Rahmen einer Übung gratis auszuführen. Sie führen mit dem Bagger auf die Hüften los und zerstörten Eternitabdeckungen, die Asbest freisetzen. Die Räumung wurde sofort gestoppt und Grün Stadt Zürich übernahm schlussendlich eine fachgerechte Entsorgung des lebensgefährlichen Materials von 420 000 Franken.

Man hat über die Eternitplatten geredet, man wusste vom Asbest. Wer ist für diesen Schaden verantwortlich? Es liegt hier ein Führungsfehler des Zivilschutzes vor, der Bund hätte da angefragt werden müssen, ob er für die Kosten aufkomme.

Die Linken kümmerten diese Mehrausgabe nicht. Roger Liebi beklagt die rot-linke Haltung; man hat es und man gibt es aus und man kämpft nicht darum. In der Produktgruppe II sind fast 54 Mio. Franken budgetiert, da sollte es doch möglich sein, ohne diese Ergänzung von 430 000 Franken auszukommen. «Kämpfen für das, dass nicht immer alles der Steuerzahler übernehmen muss!» Der Ruf verhalte im ehrwürdigen Gemeinderatssaal, und mit 76 Ja gegen 43 Nein (SVP und FDP) wurde der Antrag bewilligt.

Der zweite Antrag betraf das Stadtspital Waid. Es wurde eine Globalbudget-Ergänzung für die Produktgruppe I (stationäre Versorgung) von 10,5 Mio. Franken beantragt. Für dieses De-

## Parolen zur Volksabstimmung vom 22. September 2013 der SVP Stadt Zürich

## Vorlagen Stadt Zürich

1. Objektkredit von 216,144 Millionen Franken für den Bau eines Stadions mit Stadionplatz auf dem Areal Hardturm sowie Beteiligung von höchstens 5 Millionen Franken und jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von höchstens 8,3 Millionen Franken an die Betriebsgesellschaft

JA

2. Objektkredit von 103,15 Millionen Franken für die Erstellung einer Wohnsiedlung auf dem Areal Hardturm

NEIN

fizit wurden verschiedene Gründe wie zu tiefe Baserate, weniger Eintritte, mehr Fallzusammenlegungen, weniger Case Mix aufgeführt. Die Klinik für Akutergeriatrie wird gerne als kostentreibendes Argument benutzt.

Die Kritik von Daniel Regli richtet sich an die Manager und deren Führungsstil. An den Sitzungen mit den Direktoren der beiden Stadtspitäler bekomme man den Eindruck, dass das Waidspital eher mit der Situation hadert, als die Probleme anzugehen.

Ein Kredit von 9 518 000 wurde schlussendlich genehmigt. Es wurde in der Zwischenzeit eine Überweisung des Kantons von 982 000 Franken für die Akutergeriatrie als Zentrumsleistung des Waidspitals getätigt. Wenn da die RPK nicht genau hingeschaut hätte, dann hätte der Stadtrat ungeniert die vollen 10,5 Millionen für mehr «Spielraum» gefordert. Die im Antrag 3 geforderten 1 000 000 Fr. wurden mit 80 Ja zu 39 Nein (SVP und FDP) überwiesen. Dieses Geld wird für Abschreibungen und Zinsen vorgesehen. Der Einwand der Minderheit, dass das Geld intern kompensiert hätte werden können, hatte keine Chance.

Im Antrag 4 hat doch noch die Ver-

nunft obsiegt. Die Grün Stadt Zürich wollte für einen Hangrutsch am Uetliberg nach Unwetter, für Schadorganismen an verschiedenen Pflanzen (zum Beispiel die Braunfleckenkrankheit oder den Buchsbaumzünsler) und Überbrückungszuschüsse für Frührentenrente sage und schreibe einen Betrag von 1 020 000 Fr. verlangen.

Die zuständige Stadträtin Ruth Genner meinte, dass im Rahmen des Globalbudgets sehr eng budgetiert wird und die linke Ratsseite säuselt, es habe keine «Luft» mehr Platz im Budget drin.

Roger Liebi erwidert, dass er noch nie ein Budget gesehen, wo keine «Luft» mehr Platz hat. Er richtet sich an die Adresse von Stadtrat Leupi, er sei daran, die Globalbudgets abzuschaffen; zuerst wird ein Rahmen vorgegeben und dann wird übers Ziel hinaus geschossen. Er bittet den Stadtrat, über die Bücher zu gehen. Mit 67 Nein (Ausgabenbremse liegt bei 63) wird dieser Antrag vom Rat nicht bewilligt.

Bei der Schlussabstimmung haben die SVP, die FDP und EVP den Geld verschwendenden Trimesterbericht (total 42 Stimmen) nur ablehnend zu Kenntnis genommen.

## STANDORTBESTIMMUNG ALS AUFTAKT ZU DEN WAHLEN 2014

## Gute Kandidaten für bürgerlich dominierten Stadtrat

Die Probleme in dieser Stadt sind ein deutliches Zeichen, dass die Politik der rot-grünen Mehrheit gescheitert ist. Die SVP steht voll dafür ein, dass die Stadt Zürich einen bürgerlich dominierten Stadtrat erhalten wird.



ROGER LIEBI  
PARTEIPRÄS. SVP  
SVP STADT ZÜRICH

Das wohl augenscheinlichste Beispiel gescheiterter linker Gutmenschenpolitik ist der kürzlich in einer Sendung des Schweizer Fernsehens aufgedeckte Fall «Carlos». Da erhält ein 17-jähriger mehrfacher Gewaltverbrecher, Messerstecher, vor dem die Polizei selbst jetzt noch eingehend warnt, vom für die Stadt Zürich zuständigen Jugendstaatsanwalt, Mitglied der SP, eine Luxusrundbetreuung, die es in sich hat. 9 Sozialbetreuer, einen persönlichen Thai-Box Trainer und eine 4½-Zimmer-Wohnung. Kosten pro Monat (!!) 29 000 Franken. Der Täter beharrt darauf, dass er nicht arbeiten wolle, denn er möchte Profi-Thai-Boxer werden. Hat sich der linke Jugendstaatsanwalt um die Opfer gekümmert? Natürlich nein. Sind solche Gutmenschen wirklich noch in der realen Welt oder beleidigen sie nicht ganz einfach uns alle, die täglich mit harter Arbeit ihrer mehr oder weniger befriedigenden Arbeit nachgehen wollen oder müssen? Nein, Zürich und die Zürcher haben mehr verdient.

## Wahlprogramm als Basis

In unserem neuen Wahlprogramm 2014-2018 sagen wir ganz genau, wofür wir einstehen:

• Ganz besonders für eine prosperierende, auf Eigenverantwortung aufgebauete Wirtschaft mit den bestmöglichen Rahmenbedingungen für kleine, mittlere und grosse Unternehmen.

- Für einen ausgezeichneten, konkurrenzfähigen Finanzplatz.
- Für den Schutz der Bürger vor Enteignung durch den Staat, sei dies nun direkt oder indirekt durch Abgaben und Gebühren oder zu hohe Steuern.
- Für die Sicherheit aller Bürger, Jung und Alt, namentlich auch der Frauen, besonders nachts.
- Für eine Ausländerpolitik, die nicht auf Mengenwachstum ausgerichtet ist und damit eine Gefahr für unsere Infrastruktur bedeutet.
- Für eine ganzheitliche, vernetzte Verkehrsplanung.
- Für eine starke Volksschule, die die Schüler auf die Leistungsgesellschaft vorbereitet und damit die Chance auf Lehrstellen massiv erhöht.
- Für Breiten- und Spitzensport.
- Für eine sinnvolle Energiepolitik.

Wir haben in den letzten Jahren bewiesen, dass wir unser SVP-Programm nicht nur einmal schreiben, sondern dass wir auch danach handeln.

## Dynamische Stadtratskandidaten

Vor diesem Hintergrund ist besonders erfreulich, dass uns die Findungskommission mit Nina Fehr Düsel (SVP Zürich 7/8) und Roland Scheck (SVP Zürich 3) zwei ausgezeichnet ausgebildete, dynamische Stadtratskandidaten präsentiert, die bestärkt durch ihren beruflichen Werdegang, Schlüsseldepartemente in der Stadtzürcher Regierung übernehmen können. Und auch ganz wichtig: Unsere Kandidaten werden für alle Bevölkerungsschichten und alle Altersgruppen mehr als nur wählbar sein.

Für eine bürgerliche Politik im Hinblick auf die nächsten vier bis acht Jah-

re ist besonders wichtig, dass sich die Stadtratskandidaten, aber auch die Parteivorstände und die Basis von SVP, FDP und CVP, zusammenraufen und gegen die links-grüne Arroganz der Macht kämpfen. Für unsere Wirtschaft, für unsere Arbeitsplätze.

Konsequenterweise ist es auch wesentlich, dass das Stadtpräsidium an einen starken bürgerlichen Vertreter übergeht. Filippo Leutenegger ist ein gradliniger und für die SVP absolut mehr als nur wählbarer Kandidat.

## Bürgerlich zum Wohl der Stadt

Wir haben den Präsidenten von CVP und FDP im Vorfeld der Kandidatennominierung immer mitgeteilt, dass wir deren Kandidaten ungeachtet der Na-

men unterstützen. Für uns steht die Sache, die bürgerliche Wende, im Vordergrund.

Genauso wichtig ist es aber, dass die SVP noch stärker im Parlament vertreten sein wird, damit wir unsere Positionen nicht nur mit Worten, sondern auch mit gemeinsamen Abstimmungen unterstreichen.

Wer für unsere Schweizer Traditionen, für Eigenverantwortung, für mehr Sicherheit, gegen Asylwahn, für eine starke Volksschule, für eine starke Zürcher Wirtschaft, für sichere Arbeitsplätze ist, der wählt am 9. Februar 2014 die Liste 2, die SVP!

Packen wir es an und zeigen wir es Rot-Grün, gemeinsam und mit aller Kraft!

## Dynamische SVP-Stadtratskandidaten



**Roland Scheck** ist 46 Jahre alt und beruflich tätig als selbständiger Webdesigner. Er ist Mitglied der SVP-Kreispartei Zürich 3, die er auch präsidiert. Er vertritt die SVP im Zürcher Gemeinderat und im Zürcher Kantonsrat.



**Nina Fehr Düsel** ist 33 Jahre alt. Sie ist Juristin (lic. iur) und arbeitet in einer Kaderposition bei der Zürich-Versicherung. Sie ist Mitglied der SVP-Kreispartei Zürich 7/8, wo sie aktiv im Vorstand mitarbeitet.

Die beiden Persönlichkeiten wurden an der gut besuchten ausserordentlichen Delegierten-Versammlung vom 5. September 2013 einmütig als SVP-Stadtratskandidaten für die Wahlen 2014 nominiert.

Näheres zu den SVP-Stadtratskandidaten auf [www.wir-für-zürich.ch](http://www.wir-für-zürich.ch). Der «Zürcher Bote» wird seiner Leserschaft die beiden Kandidaten in den nächsten Ausgaben in ausführlichen Berichten näher vorstellen. (ZB)